

- 2 **Gender** Familienernährer in der Krise
- 2 **Vereinbarkeit** Kinder kosten Einkommen
- 3 **Mitbestimmung** Im Osten wächst Neues
- 4 **Verteilung** Zweifel an der Trendwende
- 6 **Mindestlöhne** Mehrheitlich über 10 Euro
- 6 **Ausbildung** Mehr Austausch in Europa
- 7 **Bildung** Bachelor – Kein Fortschritt für Arbeiterkinder

ARBEITSWELT

Digitalisierung: Kein Grund für Horrorszenarien

Maschinen werden die Arbeit der Zukunft verändern. Das heißt jedoch nicht zwangsläufig, dass massenweise Arbeitsplätze wegfallen.

In der Fabrik der Zukunft übernehmen Roboter das Kommando. Der Mensch wird überflüssig. Millionen von Arbeitsplätzen gehen verloren. Wenn es um die zukünftige Arbeitswelt geht, sind derartig düstere Prophezeiungen in Mode. Aber wie glaubhaft sind die Vorhersagen? Besonders eine Studie zweier Wissenschaftler aus Oxford sorgte für Schlagzeilen: Nach Berechnungen von Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne arbeiten 47 Prozent der Beschäftigten in den USA in Jobs, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten 10 bis 20 Jahren von Maschinen erledigt werden. Jeder zweite Arbeitsplatz könnte demnach der Technisierung zum Opfer fallen.

In den Medien werden diese Zahlen gerne zitiert, in der Wissenschaft sind sie umstritten: Nur weil einzelne Tätigkeiten automatisiert werden, bedeute das nicht, dass dadurch ganze Berufe wegfallen, argumentieren Forscher des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Maschinen könnten Arbeitsplätze verändern, ohne sie zu ersetzen. Die Beschäftigten könnten gewonnene Freiräume nutzen, um andere, schwer automatisierbare Aufgaben auszuüben. Zudem dürfe man gesellschaftliche, rechtliche und ethische Hürden bei der Einführung neuer Technologien nicht unberücksichtigt lassen. Das ZEW kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Beschäftigten, deren Job durch Automatisierung bedroht ist, in Deutschland „nur“ bei 12 Prozent liegt.

Forscherinnen der Universität Hohenheim gehen ebenfalls davon aus, dass die in der Öffentlichkeit kursierenden Zah-

len zu hoch gegriffen sind: Die „einmalige Vielfalt der formalen Qualifikation der Erwerbstätigen in Deutschland“ lasse sich nicht einfach kopieren. Nicht nur wenige Hochqualifizierte, sondern die Mehrzahl der Beschäftigten sei in der Lage, mit Unwägbarkeiten umzugehen. Anders ausgedrückt: Menschen können sich auf neue Technologien einstellen – und diese für sich nutzen.

Die Digitalisierung wirke sich nur „relativ moderat“ auf den Arbeitsmarkt aus, heißt es in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Während Jobs mit Routinetätigkeiten verloren gingen, entstünden neue Arbeitsplätze mit höherer Qualifikation. So könnten in der Industrie 490.000 Arbeitsplätze bis 2025 wegfallen, jedoch auch 430.000 neue entstehen. Gleichzeitig schreite dadurch der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft voran.

Einig sind sich die meisten Wissenschaftler, dass die Jobs von Geringqualifizierten am stärksten gefährdet sind. Umso mehr kommt es auf die Weiterbildung im Betrieb an. Wer bisher mit Routinearbeiten beschäftigt ist, muss auf anspruchsvollere Aufgaben vorbereitet werden. <

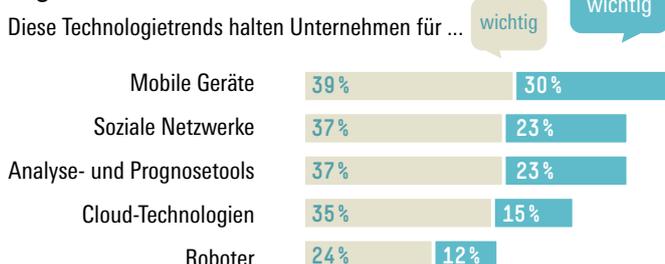
Wenig Bildung, erhöhtes Risiko

Das Risiko, seinen Job durch Automatisierung zu verlieren, ist bei Beschäftigten mit ...



Quelle: Frey, Osborne; OECD; ZEW 2015
Grafik zum Download: bit.do/impuls0109 Hans Böckler Stiftung

Digitale Zukunft



Befragung von 1.025 Unternehmen aus zwölf Ländern, davon 135 in Deutschland
Quelle: Ernst & Young 2015 Grafik bit.do/impuls0107 Daten bit.do/impuls0108

Hans Böckler
Stiftung

Holger Bonin u.a.: Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, ZEW Kurzwissenschaft Nr. 57, April 2015 Download: bit.do/impuls0110

Sabine Pfeiffer, Anne Suphan: Der AV-Index, Universität Hohenheim, Working Paper 1 2015 Download: bit.do/impuls0111

Marc Ingo Wolter u.a.: Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft, IAB Forschungsbericht 8/2015 Download: bit.do/impuls0112

Familienernährer in der Krise

Mehr Gleichberechtigung kann Leben retten:
Das Selbstmordrisiko arbeitsloser Männer
sinkt, wenn egalitäre Ideale vorherrschen.

Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise war die schlimmste seit der Großen Depression. In den Jahren nach der Lehman-Pleite habe nicht nur die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern massiv zugenommen, sondern auch die Zahl der Selbstmorde, schreiben Aaron Reeves und David Stuckler von der Universität Oxford. Dabei waren Männer deutlich stärker gefährdet als Frauen: Nach den Berechnungen der Soziologen erhöhte sich während der Rezession das Suizidrisiko der weiblichen Bevölkerung in Europa um 1,4 Prozent, das der männlichen dagegen um 7,7 Prozent. Reeves und Stuckler vermuten, dass für diese Diskrepanz unter anderem Geschlechterstereotype verantwortlich sind. Ihre These: Je wichtiger die Rolle als Ernährer der Familie für das männliche Selbstverständnis ist, desto gravierender ist der Statusverlust, der Männern bei Arbeitslosigkeit droht. In Gesellschaften mit traditionellen Männlichkeitsidealen müssten sich ökonomische Krisen demnach stärker auf die männliche Psyche – und damit das Selbstmordrisiko – auswirken als in Gesellschaften, in denen progressive Vorstellungen dominieren.

Um diese Vermutung empirisch zu überprüfen, haben die Forscher Daten der Weltgesundheitsorganisation und der OECD zu Suizidraten und Arbeitslosigkeit in 20 EU-Ländern ausgewertet. Zu diesen Daten haben sie den Index für Geschlechtergerechtigkeit des World Economic Forum in Bezie-

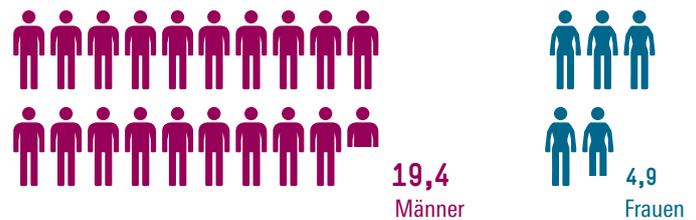
hung gesetzt, der Faktoren wie die Erwerbsbeteiligung von Frauen, das Ausmaß der Lohnlücke und den Frauenanteil im Parlament zusammenfasst. Als Kontrollvariable wurde das Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt.

Statistisch lässt sich zunächst nachweisen, dass in der Tat ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Selbstmorden besteht. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt erhöht demnach die Suizidrate um 0,72 Prozent. Mit 1,13 Prozent ist der Effekt am stärksten ausgeprägt bei Männern im Erwerbsalter. Ein egalitäres Klima wirkt diesem Zusammenhang entgegen: Mit zunehmender Gleichberechtigung wird der Effekt bei Männern kleiner, bei Frauen ergeben sich keine signifikanten Änderungen. Das heißt: Das geringere Selbstmordrisiko der Männer wird nicht auf Kosten der weiblichen Bevölkerung erreicht. Reeves und Stuckler schließen daraus, dass wirtschaftliche Unsicherheit nicht zwangsläufig zu mehr Selbstmorden führen muss. Politische Programme für mehr Geschlechtergleichheit seien nicht nur an sich wertvoll, sondern zudem ein sinnvoller Beitrag zur Suizidprävention. <

Quelle: Aaron Reeves, David Stuckler: Suicidality, Economic Shocks, and Egalitarian Gender Norms, in: European Sociological Review, September 2015 Download: bit.do/impuls0113

Mehr Männer begehen Suizid

2012 nahmen sich in der EU pro 100.000 Einwohner das Leben ...



Quelle: Eurostat 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0114

Hans Böckler
Stiftung

VEREINBARKEIT

Kinder kosten Einkommen

Mütter verdienen weniger als Frauen ohne Kinder – es sei denn, sie genießen
relativ familienfreundliche Arbeitsbedingungen wie im öffentlichen Dienst in Frankreich.

Kinder bringen ihre Mütter beruflich oft aus dem Tritt. Dies schlägt sich auch im Verdienst nieder, wie Chloé Duvivier und Mathieu Narcy anhand eines französischen Datensatzes nachgewiesen haben. Ihre Untersuchung basiert auf Angaben von mehr als 3.000 Frauen. Es zeigt sich, dass Frauen mit einem Kind in der Regel noch in derselben Gehaltsliga spielen wie kinderlose, die durchschnittliche monatliche Lohndifferenz in der Privatwirtschaft ab dem zweiten Kind aber bereits bei über 10 Prozent liegt und bei weiteren Kindern bis zu einem Drittel reicht. Im öffentlichen Dienst beträgt die Spanne dagegen nur 6 bis 22 Prozent.

Welche Faktoren für den Verdienstnachteil von Müttern verantwortlich sind, konnten die Wissenschaftler eindeutig ermitteln: verringerte Arbeitszeiten, Karriereunterbrechungen, entsprechend eingeschränkter Zugang zu Managementpositionen und der Wechsel auf Stellen mit günstigeren Arbeitsbedingungen. Neutralisiert man den Einfluss dieser Größen

mithilfe statistischer Verfahren verschwindet auch die „motherhood wage penalty“.

Der Unterschied zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst erklärt sich vor allem durch einen Faktor: Karriereunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes sind in privaten Unternehmen häufiger und dauern länger als im öffentlichen Dienst. Offenbar erleichtern die kinderfreundlichen Arbeitsbedingungen im französischen Staatsdienst Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Dazu zählen etwa flexible Arbeitszeiten, Betreuungsangebote, finanzielle Unterstützung der Kinderbetreuung oder zusätzliche freie Tage, falls ein Kind krank wird. Um Müttern zu höheren Verdiensten zu verhelfen, so Duvivier und Narcy, seien daher vor allem Maßnahmen erforderlich, die auf mehr Familienfreundlichkeit in der privaten Wirtschaft zielen. <

Quelle: Chloé Duvivier, Mathieu Narcy: The Motherhood Wage Penalty and Its Determinants: A Public-Private Comparison, in: Labour, Juli 2015

Im Osten wächst Neues

In der ostdeutschen Industrie bekommt die Mitbestimmung neuen Schwung – durch Generationswechsel und Neugründungen von Betriebsräten.

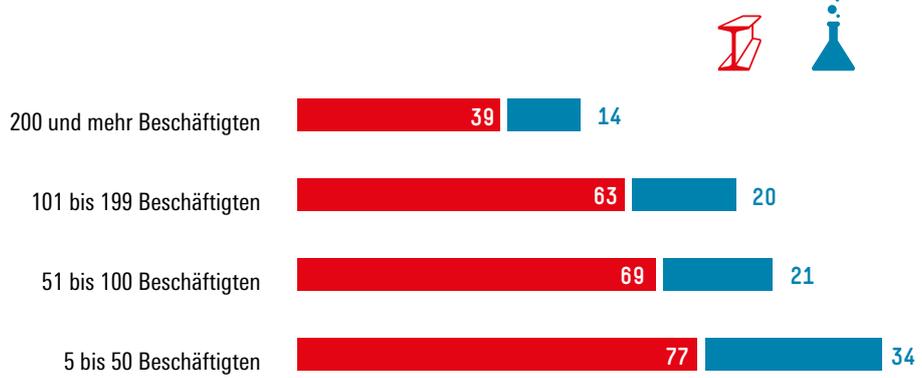
Rund jeder zehnte Betrieb mit wenigstens fünf Beschäftigten in Ostdeutschland hat einen Betriebsrat, gut ein Drittel der Beschäftigten profitiert von einer gesetzlichen Vertretung. Daran hat sich in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass die Mitbestimmung in der jüngsten Vergangenheit wieder neuen Schwung bekommen hat, wie eine Untersuchung von Silke Röbenack und Ingrid Artus zeigt. Mit Unterstützung der Otto-Brenner-Stiftung sind die Soziologinnen von der Universität Erlangen-Nürnberg Hinweisen auf gehäufte Betriebsratsgründungen und verstärkte Aktivitäten bestehender Vertretungsgremien im Osten nachgegangen. Ihre Umfragen unter regionalen Verwaltungsstellen der Industriegewerkschaften Metall

und Bergbau, Chemie, Energie bestätigen die Vermutung: Die Gründungsaktivitäten haben seit etwa 2010 zugenommen. Dies gilt vor allem für die industriellen Zentren wie Jena oder Leipzig. Ebenfalls in diesen Regionen zeigen viele bestehende Betriebsräte verstärktes Engagement.

In Interviews mit Arbeitnehmervertretern stießen die Wissenschaftlerinnen auf die Ursachen für die Aufbruchstendenzen: selbstbewusstere Belegschaften in einem inzwischen recht robusten wirtschaftlichen Umfeld. Entscheidend ist auch der Generationswechsel in den Betrieben. Die noch in der DDR sozialisierten Jahrgänge, die seit der Wende in der steten Angst vor Arbeitslosigkeit lebten und dem Arbeitgeber gegenüber entsprechend konzessionsbereit waren, werden zunehmend abgelöst. Gut ausgebildete Jüngere, die angesichts der günstigen

Mitbestimmung erreicht auch kleinere und mittlere Betriebe

In der ostdeutschen Metall- und Chemieindustrie entstanden von März 2009 bis Februar 2013 so viele neue Betriebsräte in Betrieben mit ...



Quelle: Röbenack, Artus 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0115

Hans Böckler Stiftung

wirtschaftlichen Lage weniger Angst vor dem sozialen Abstieg haben, rücken nach und fordern ihre Rechte ein. Sie lösen ältere Betriebsräte ab oder gründen neue Gremien.

Jüngere Beschäftigte und Arbeitnehmervertreter hätten im Gegensatz zu vielen älteren Kollegen nicht die Einstellung verinnerlicht, man müsse Kompromisse machen, um von einer in Abwicklung befindlichen Industrie zu retten, was zu retten ist. Sie würden viel eher Frage stellen wie: Wenn wir an unserem Standort das modernste und effizienteste Werk im Konzern haben, warum haben wir dann die längsten Arbeitszeiten und die niedrigsten Löhne?

Zu neuen Betriebsratsgründungen kommt es typischerweise vor allem in zwei Situationen: Nämlich erstens, wenn der soziale Friede im Betrieb durch massive Veränderungen wie Verkauf, Fusion, Übernahme, Outsourcing oder Entlassungen gestört wird. Und zweitens, wenn sich die Unzufriedenheit über lange Zeit aufgestaut hat, etwa infolge von Lohnverzicht, unzureichend vergüteten Sonderschichten oder übermäßigen Arbeitszeiten. In solchen Fällen bringen auch „verhältnismäßig kleine Anlässe das Fass zum Überlaufen“, haben Röbenack und Artus beobachtet.

Nicht zuletzt machten sich auch die mitbestimmungsfreundlichere Haltung der Politik in den ostdeutschen Bundesländern sowie das verstärkte Engagement der Gewerkschaften bemerkbar, sagen die Forscherinnen. <

Ostdeutsche Industrie im Aufwind

So entwickelte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern ...



Quelle: Röbenack, Artus 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0116 Daten: bit.do/impuls0117

Hans Böckler Stiftung

Quelle: Silke Röbenack, Ingrid Artus: Betriebsräte im Aufbruch, OBS-Arbeitsheft 82, August 2015
Download: bit.do/impuls0118

Zweifel an der Trendwende

Die Schere bei den Einkommen in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren geöffnet. Die von etlichen Forschern angenommene Trendwende hin zu einer leicht sinkenden Ungleichheit hat es wahrscheinlich gar nicht gegeben.

Unstrittig ist: Die Einkommen in der Bundesrepublik sind heute deutlich ungleicher verteilt als vor 20 oder 25 Jahren. Das liegt daran, dass die Abstände in den späten 1990er- und besonders in den frühen 2000er-Jahren gewachsen sind, wie zahlreiche Studien zeigen. So konstatierte etwa die Industrieländerorganisation OECD, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland in diesem Zeitraum stärker zugenommen habe als in den meisten anderen Mitgliedsländern. Eine wichtige Rolle dabei spielten Deregulierungen am Arbeitsmarkt und die starke Ausbreitung von Niedriglöhnen, während die Einkommen aus Kapitalanlagen und Unternehmensgewinnen kräftig wuchsen.

Weniger klar ist hingegen, was im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 passiert ist. Bislang gingen viele Wissenschaftler davon aus, dass sich die Einkommensungleichheit nach 2005 nicht weiter erhöht hat, sondern etwas zurückgegangen ist – ohne allerdings das niedrigere Niveau der 1990er-Jahre wieder zu erreichen, schreiben Kai-Daniel Schmid vom IMK sowie Andreas Peichl und Moritz Drechsel-Grau vom ZEW. Diese Interpretation stützt sich auf Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer Wiederholungsbefragung von mehr als 10.000 Haushalten. Der auf SOEP-Basis berechnete Gini-Koeffizient, das verbreitetste Maß für die Ungleichheit, stieg bei den Markteinkommen von 2000 bis 2005 deutlich an. Danach ging er bis 2010 wieder leicht zurück. Die auf den ersten Blick geringfügigen Veränderungen stellen signifikante Verschiebungen in einem relativ kurzen Zeitraum dar. Den im SOEP gemessenen Rückgang der Ungleichheit erklären Wissenschaftler in erster Linie mit dem positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt nach 2005.

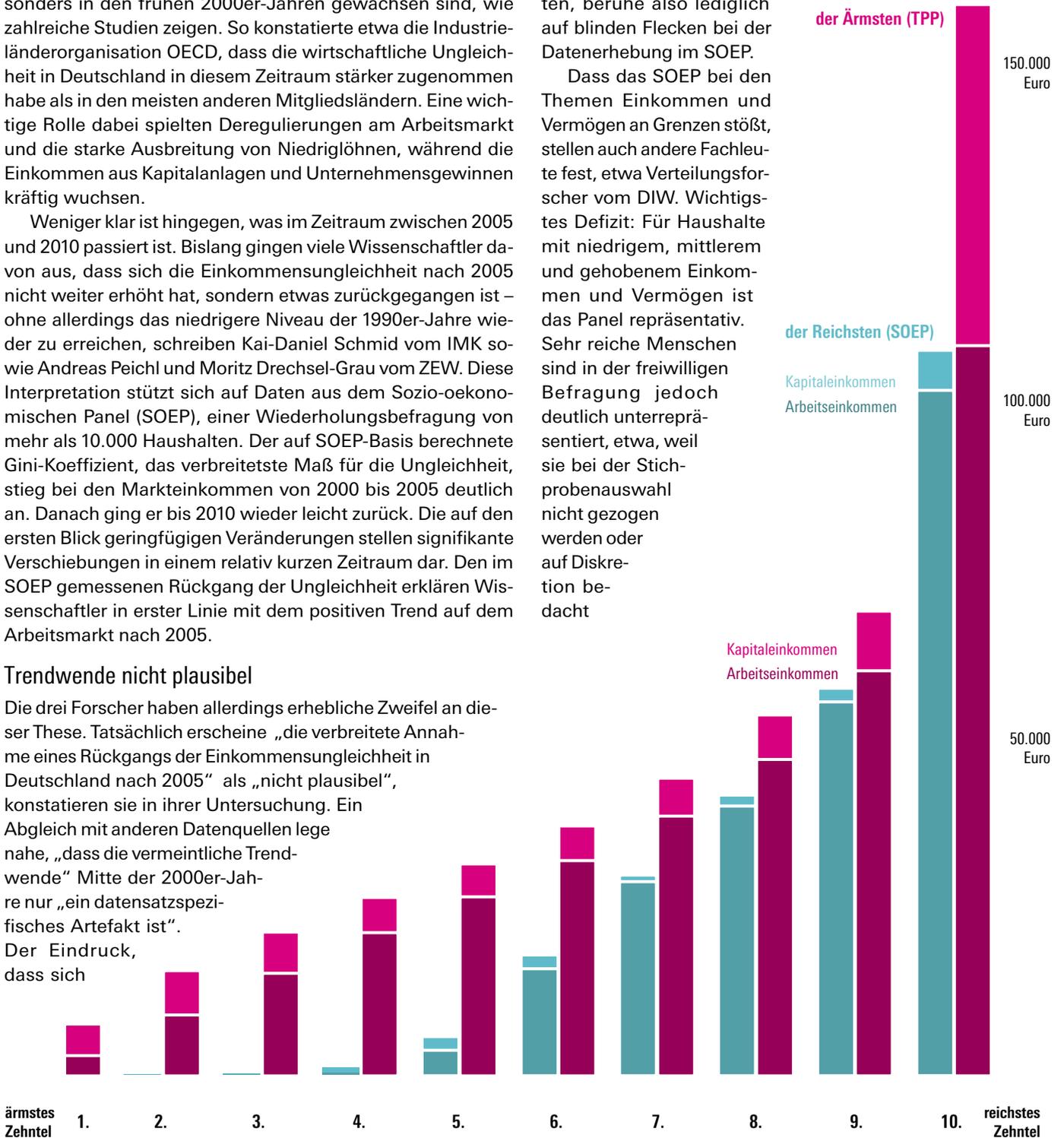
Trendwende nicht plausibel

Die drei Forscher haben allerdings erhebliche Zweifel an dieser These. Tatsächlich erscheine „die verbreitete Annahme eines Rückgangs der Einkommensungleichheit in Deutschland nach 2005“ als „nicht plausibel“, konstatieren sie in ihrer Untersuchung. Ein Abgleich mit anderen Datenquellen lege nahe, „dass die vermeintliche Trendwende“ Mitte der 2000er-Jahre nur „ein datensatzspezifisches Artefakt ist“. Der Eindruck, dass sich

hohe und niedrige Einkommen zwischenzeitlich etwas angenähert hätten, beruhe also lediglich auf blinden Flecken bei der Datenerhebung im SOEP.

Dass das SOEP bei den Themen Einkommen und Vermögen an Grenzen stößt, stellen auch andere Fachleute fest, etwa Verteilungsforscher vom DIW. Wichtigstes Defizit: Für Haushalte mit niedrigem, mittlerem und gehobenem Einkommen und Vermögen ist das Panel repräsentativ. Sehr reiche Menschen sind in der freiwilligen Befragung jedoch deutlich unterrepräsentiert, etwa, weil sie bei der Stichprobenauswahl nicht gezogen werden oder auf Diskretion bedacht

So verteilen sich die Einkommen ohne Berücksichtigung ...



Die Daten sind nur eingeschränkt vergleichbar, u. a. weil einmal Personen (SOEP) und einmal Steuerfälle (TPP) als Berechnungsgrundlage dienen. Sondereffekte durch Halbeinkünfteverfahren und Abgeltungssteuer sind nicht berücksichtigt. Quelle: Schmid u. a. 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0119 Daten: bit.do/impuls0120

sind. So besitzt der reichste Haushalt im SOEP nach Abzug von Schulden „nur“ 50 Millionen Euro. Deutschlands superreiche Multimillionäre und Milliardäre kommen in der Statistik nicht vor, auch „einfache“ Millionäre sind nach Schätzungen im SOEP zu selten berücksichtigt.

Damit werde aber ein erheblicher Teil der Kapital- und Gewinneinkommen gar nicht erfasst, schreiben die Experten von IMK und ZEW. Denn Einnahmen aus Unternehmensgewinnen, Aktien oder Geldanlagen konzentrieren sich am oberen Ende der Einkommenspyramide. Schon nach den SOEP-Daten entfällt knapp die Hälfte der Kapitaleinkünfte allein auf das wohlhabendste Zehntel der Haushalte – und dieser Anteil würde noch massiv unterschätzt, so Ökonom Schmid.

Bessere Messung durch Auswertung von Steuerdaten

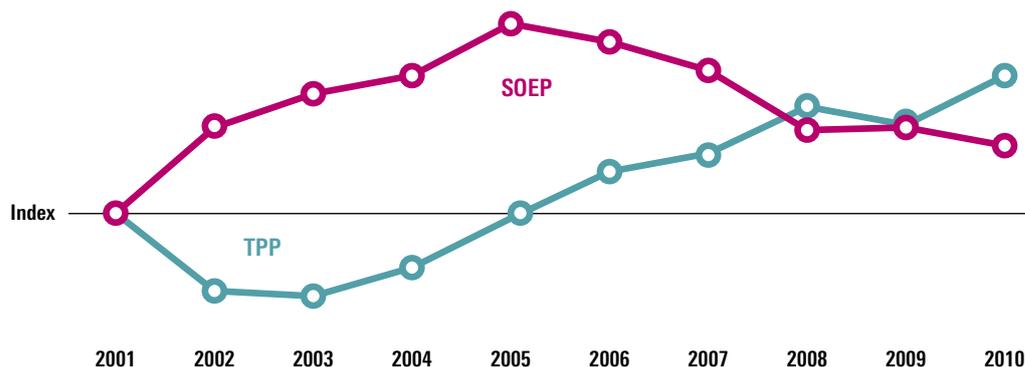
Um die wirkliche Entwicklung der Ungleichheit auszuleuchten, nutzt die Forschergruppe eine repräsentative Stichprobe aus dem Taxpayer-Panel (TPP). Das TPP enthält anonymisierte Daten von knapp 27 Millionen Menschen in Deutschland, die eine Einkommensteuererklärung abgeben. Im Vergleich zum SOEP sind die Haushalte mit hohem Einkommen nach Analyse der Forscher im TPP realistischer abgebildet, dafür fehlen relativ arme Haushalte, die keine Steuererklärung einreichen.

Tatsächlich erfasst die Steuerstatistik weitaus höhere Kapitaleinkommen. Das gilt insbesondere für das einkommensstärkste Zehntel: Laut SOEP erzielten diese Haushalte 2010 im Mittel etwa 6.000 Euro an Kapitaleinkünften. Nach dem TPP waren es dagegen etwa 50.000 Euro.

Auch an einem zweiten Punkt unterschieden sich die beiden Datenquellen erheblich, betonen die Autoren: Berechnet man den Gini-Koeffizienten auf Basis der Steuerstatistik, zeigt sich auch zwischen 2005 und 2008 ein stetiger Anstieg

Gleicher oder ungleicher?

So entwickelte sich die Ungleichheit der Arbeits- und Kapitaleinkommen laut ...



Veränderung des Gini-Koeffizienten; Die Daten sind nur eingeschränkt vergleichbar, u. a. weil einmal Personen (SOEP) und einmal Steuerfälle (TPP) als Berechnungsgrundlage dienen. Sondereffekte durch Halbeinkünfteverfahren und Abgeltungssteuer sind nicht berücksichtigt. Quelle: Schmid u. a. 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0121 Daten: bit.do/impuls0122

Hans Böckler Stiftung

der Ungleichheit. 2009 gab es einen kleinen Rückgang, weil in der Finanz- und Wirtschaftskrise die Kapitalerträge einbrachen. Doch bereits 2010 ging die Verteilungsschere wieder auf.

Da SOEP und TPP nicht direkt vergleichbar sind, könne der eine Trend den anderen nicht einfach widerlegen, erklären die Forscher. In der Zusammenschau erscheine es aber höchst wahrscheinlich, dass die Zunahme der Kapitaleinkommen die Verteilungswirkungen der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt überlagert habe. Unter dem Strich wären die Treiber der Ungleichheit damit auch zwischen 2005 und 2010 stärker gewesen als die Effekte, die für mehr Ausgeglichenheit sorgen. Da sich die Profiteinkommen, etwas aus Unternehmensgewinnen oder Aktien, nach Ende der Finanzkrise erholten, habe sich der Trend zur Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahren dann weiter verstärkt, vermutet IMK-Forscher Schmid. Darauf deuten im Übrigen auch die aktuellen Daten aus dem SOEP hin: 2011 und 2012 verzeichnete das Panel erneut einen leichten Anstieg der Einkommensungleichheit. <

Quelle: Kai-Daniel Schmid, Andreas Peichl, Moritz Drechsel-Grau: Querverteilung und Spitzeneinkommen in Deutschland, IMK Report 108, November 2015 Download: bit.do/impuls0123

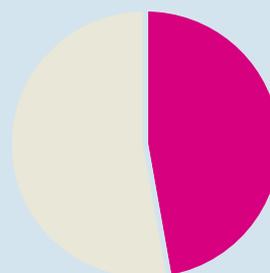
UNGLEICHHEIT

Vermögen bleibt in der Familie

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts erhöhte sich das geerbte und geschenkte Vermögen im Jahr 2014 um 54,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 108,8 Milliarden Euro. Die Vermögensübergänge mit einem Wert von mehr als 20 Millionen Euro stiegen um 131,6 Prozent auf 51,1 Milliarden Euro. Aufgrund von Freibeträgen und Steuerbefreiungen etwa für Betriebsvermögen betrug der Wert der steuerpflichtigen Vermögensübergänge nur 33,8 Milliarden Euro. Anteilmäßig wurden 11,3 Prozent des geerbten und 1,6 Prozent des geschenkten Vermögens als Steuern gezahlt. <

Vererbt und verschenkt wurden 2014 ...

108,8 Milliarden Euro



47 %

davon entfielen auf Erbschaften und Schenkungen über 20 Millionen Euro

Quelle: Destatis 2015 Download: bit.do/impuls0136 Grafik zum Download: bit.do/impuls0124

Hans Böckler Stiftung

BRANCHENMINDESTLÖHNE

Mehrheitlich über 10 Euro

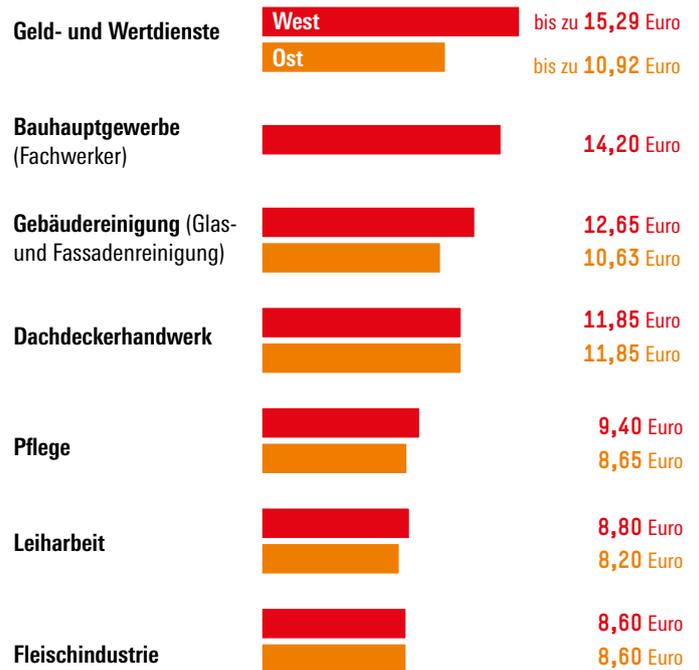
Beschäftigte in 19 Branchen profitieren von tariflich vereinbarten Mindestlöhnen.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wird durch eine Reihe bereits seit längerem bestehender Branchenmindestlöhne ergänzt. Nach einer aktuellen Analyse des WSI-Tarifarchivs haben sich diese Lohnuntergrenzen im vergangenen Jahr positiv entwickelt und liegen inzwischen mehrheitlich deutlich über 8,50 Euro. „In 11 Branchen beträgt der Mindestlohn bereits heute 10 Euro und mehr“, so WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. Der Auswertung zufolge gibt es zurzeit in 19 Branchen tariflich vereinbarte Mindestlöhne. 18 davon wurden für allgemeinverbindlich erklärt und gelten deshalb auch für Beschäftigte, deren Betriebe nicht tarifgebunden sind. Insgesamt arbeiten in den betroffenen Wirtschaftszweigen rund 4,6 Millionen Menschen. Lediglich in vier Branchen liegen die Mindestlöhne teilweise noch unter 8,50 Euro. Hier seien aber bereits Erhöhungen vereinbart, die zum Teil über diesen Wert hinausgehen, so das WSI. <

Weitere Informationen: bit.do/impuls0125

Vertraglich vereinbarte Lohnuntergrenzen

Der tarifliche Mindestlohn* beträgt in der Branche ...



*auf Basis des TVG, AEntG, AÜG

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0126

Hans Böckler
Stiftung

AUSBILDUNG

Mehr Austausch in Europa

Die duale Berufsausbildung gilt international als vorbildlich. Auch Deutschland kann allerdings manches vom europäischen Ausland lernen.

Dass die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande vergleichsweise gering ausfällt, wird oft als Beleg für die Überlegenheit des deutschen Ausbildungssystems gedeutet. Andererseits steht dieses System vor großen Herausforderungen: Laut der jüngsten Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es einen Monat vor Beginn des Ausbildungsjahres noch mehr als 120.000 unbesetzte Ausbildungsstellen und zugleich über 100.000 unversorgte Bewerber. Wo die Stärken der dualen Ausbildung liegen und was in anderen Ländern besser läuft, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Vodafone Stiftung herausgearbeitet. Grundlage der Studie ist ein Vergleich der Berufsbildungssysteme von Deutschland, Großbritannien, Italien, Polen, Portugal, Schweden und der Schweiz.

Der Untersuchung zufolge gibt es zwar nicht das „eine“ ideale Ausbildungsmodell, das auf alle Länder übertragbar wäre. Die Experten konnten jedoch eine Reihe klarer Erfolgsfaktoren ausmachen. Dazu gehört die aktive Beteiligung von Unternehmen: Eine praxisnahe Ausbildung wie in Deutschland und der Schweiz erleichtert Jugendlichen den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ebenfalls vorbildlich sei die starke Einbindung der Sozialpartner in diesen Ländern. So entwickeln Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften beispielsweise gemeinsam die Ausbildungsordnungen. Der technikneutrale, offene Zuschnitt mache es möglich, diese Ordnungen flexibel anzu-

passen, wenn sich berufliche Anforderungen verändern. Italien sei ein gutes Beispiel dafür, wie das Ausbildungsangebot regional flexibel gestaltet werden kann. Europaweiten Verbesserungsbedarf sehen die Wissenschaftler beim Thema Auslandsaufenthalte: Damit auch Azubis stärker von Erfahrungen in anderen Ländern profitieren können, sollten EU-Mobilitätsprogramme wie „Erasmus+“ stärker auf diese Gruppe ausgerichtet werden. Auch das Image der Berufsausbildung, die im Vergleich zu einem Studium oft als zweite Wahl gelte, sei ausbaufähig. Dazu beigetragen habe die zum Teil einseitige Ausrichtung der Berufsberatung, deren Empfehlungen in der Regel eher auf eine akademische Ausbildung hinauslaufen. Duale Studiengänge für leistungsstarke Jugendliche, wie sie unter anderem in Großbritannien angeboten werden, können der Studie zufolge helfen, die Berufsausbildung attraktiver zu machen. Dasselbe gelte für individuelle Unterstützung von Leistungsschwächeren, für die es in Polen, Portugal und Schweden erfolgreiche Beispiele gibt. Auch ein durchlässigeres Bildungssystem könnte die Akzeptanz erhöhen. In Deutschland ist es inzwischen zwar möglich, sich nach der Ausbildung und drei Jahren Berufserfahrung an einer Hochschule einzuschreiben. Allerdings seien mehr Unterstützungsangebote für Studienanfänger mit beruflichem Hintergrund nötig. <

Quelle: Sara-Julia Blöchle u.a.: Berufsausbildung für Europas Jugend – Voneinander lernen, miteinander gestalten, Köln, Oktober 2015 Download: bit.do/impuls0127

Bachelor: Kein Fortschritt für Arbeiterkinder

Die Einführung von Bachelor-Abschlüssen sollte dazu beitragen, die soziale Ungleichheit im Bildungssystem zu reduzieren. Das ist offenbar nicht gelungen.

Seit 1999 wird im Rahmen des Bologna-Prozesses die europäische Hochschullandschaft umgepflegt. Der Magister heißt mittlerweile Master, dazu hat sich der Bachelor gesellt. Die Umstellung auf ein zweistufiges Studium war auch mit sozialpolitischen Zielen verbunden: Die Aussicht, schon nach sechs Semestern einen Abschluss in der Tasche zu haben, sollte die Hochschulen für Menschen aus weniger begüterten Elternhäusern attraktiver machen. Martin Neugebauer von der Freien Universität Berlin kommt in einer empirischen Studie allerdings zu dem Ergebnis, dass die soziale Unwucht eher größer geworden ist.

Der Soziologe hat Daten des Studierendensurveys der Universität Konstanz aus den Jahren 1997 bis 2009 ausgewertet, die auf Angaben von 17.900 Befragten in 149 Studiengängen beruhen. Methodisch hat er bei seiner Analyse von den Eigenheiten des Reformprozesses an den deutschen Hochschulen profitiert. Da die Umstellung uneinheitlich vonstättenging und immer noch nicht abgeschlossen ist, konnte Neugebauer nicht nur den Anteil der Studierenden aus bildungsbenachteiligten Familien vor und nach der Einführung von Bachelor-Abschlüssen vergleichen, sondern zudem die nach wie vor existierenden traditionellen Studiengänge als Kontrollgruppe verwenden.

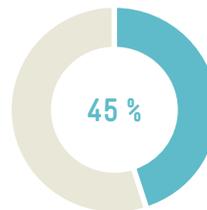
Bei seinen Berechnungen hat der Wissenschaftler zusätzlich Studiengebühren und die Zugehörigkeit von Hochschulen zum Kreis der „Exzellenz-Universitäten“ berücksichtigt, da beides auf Arbeiterkinder besonders abschreckend wirken könnte. Die Einführung von Bachelor-Abschlüssen hat den Ergebnissen zufolge keinen messbaren Einfluss auf den Anteil der Studierenden mit Eltern ohne akademischen Abschluss. Auch wenn man Fachhochschulen und Universitäten getrennt analysiert oder nur wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge betrachtet, ergibt sich kein signifikanter Effekt.

Dass die erhofften sozialen Korrekturen ausgeblieben sind, führt Neugebauer zu einem auf die unklaren Arbeitsmarktaussichten von Bachelor-Absolventen zurück. Vielen Studien-

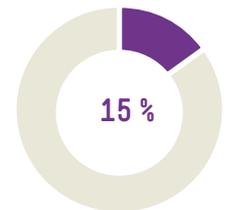
Ungleiche Bildungschancen

Arbeiterkinder sind von der 1985 geborenen ...

Bevölkerung insgesamt



Studierendenschaft



Quelle: Neugebauer 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0128

Hans Böckler Stiftung

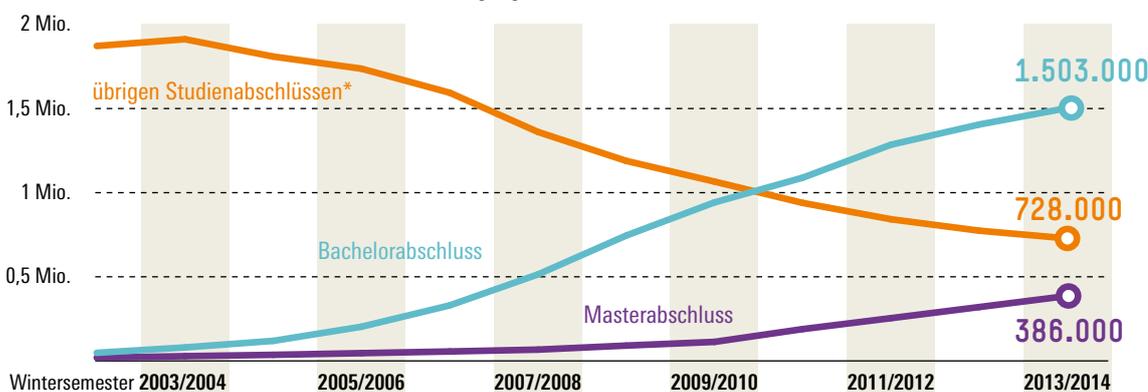
interessierten sei nicht klar, ob ein Bachelorabschluss berufliche Sicherheit und finanzielle Unabhängigkeit garantiert. Dabei seien gerade diese Faktoren für Menschen aus weniger begüterten Familien besonders wichtig. Solange der Bachelor keine überzeugende Perspektive bietet und der Master genauso lange dauert wie die traditionellen Abschlüsse, wird sich an der Studierneigung dieser Gruppe nach Einschätzung des Forschers wenig ändern – zumal es mit der dualen Berufsausbildung hierzulande eine attraktive Alternative gibt. Auch dass die neuen im Vergleich zu den alten Studiengängen als stressiger gelten, könnte eine Rolle spielen: Wer darauf angewiesen ist, neben dem Studium Geld zu verdienen, dürfte permanenten Zeitdruck als besonders fatal empfinden.

Für höchst problematisch hält Neugebauer seinen Befund auch deshalb, weil der Master ersten Untersuchungen zufolge eine neue soziale Hürde darstellt: Im Vergleich zum Nachwuchs von Akademikern neigen Studierende aus bildungsbenachteiligten Familien eher dazu, sich mit dem Bachelor zu begnügen. Zusammengefasst hieße das: Arbeiterkinder studie-

ren nicht häufiger, diejenigen, die sich dafür entscheiden, beenden ihr Studium aber früher. Damit hätten die Reformen die soziale Ungleichheit unter dem Strich sogar verschärft. <

Der Bachelor setzt sich durch

So entwickelten sich die Teilnehmerzahlen in Studiengängen mit ...



*einschließlich Lehramt

Quelle: HRK 2014 Grafik zum Download: bit.do/impuls0129 Daten: bit.do/impuls0130

Hans Böckler Stiftung

Quelle: Martin Neugebauer: The Introduction of Bachelor Degrees and the Underrepresentation of Students from Low Social Origin in Higher Education in Germany: A Pseudo-Panel Approach, in: European Sociological Review 5/2015

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Sabrina Böckmann, Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne
E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: 02 11 / 77 78-631, Fax: 02 11 / 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

LÖHNE

Kulturelle Nähe beeinflusst Gehälter

Die soziale Distanz zwischen Einheimischen und Einwanderern entscheidet anscheinend darüber, wie groß die Einkommensunterschiede ausfallen. Laut einer aktuellen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) verdienen Einwanderer aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien in der Schweiz auch bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit deutlich weniger als Einheimische. Zuwanderer aus Deutschland und Österreich verdienen dagegen sogar geringfügig mehr als ihre eidgenössischen Kollegen.

Quelle: WZB, Oktober 2015 bit.do/impuls0131

ARBEITSRECHT

Minijobber kennen ihre Rechte nicht

Knapp 30 Prozent der geringfügig Beschäftigten bekommen nach eigenen Angaben keinen bezahlten Urlaub, obwohl sie ein Recht darauf hätten. Zudem erhält fast die Hälfte keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Ursache dafür sehen Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vor allem darin, dass viele Minijobber nicht über ihre Ansprüche informiert sind.

Dass sie keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub haben, denken von ...

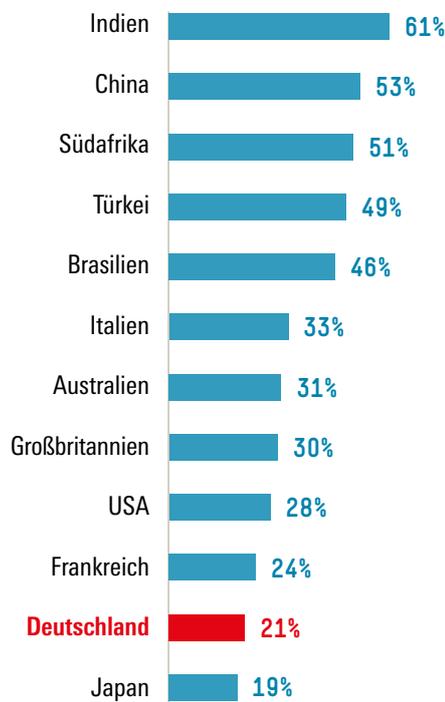


Quelle: IAB, Oktober 2015 bit.do/impuls0132

GENDER

Deutsche Frauen zweifeln an Lohngleichheit

Dass sie als Frau ebenso viel Lohn bekommen wie ein Mann in vergleichbarer Position, denken in ...

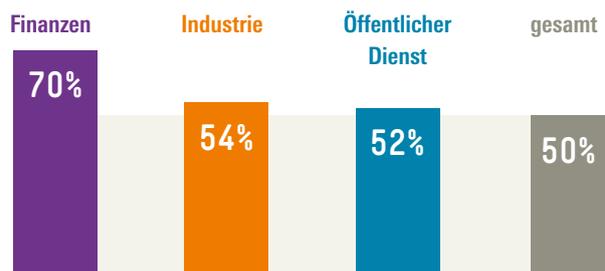


Quelle: Reuters, Oktober 2015 bit.do/impuls0133

GESUNDHEIT

Vorsorge für Banker

Betriebliche Gesundheitsförderung erhalten im Bereich ...



Privatwirtschaftliche Betriebe mit Betriebsrat und mit mind. 20 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.
Quelle: WSI-Betriebsratbefragung 2015

ARBEITSMARKT

Mehr Jobs in der Industrie

So viele Beschäftigte gab es im August 2015 im Verarbeitenden Gewerbe ...

5.390.000



Veränderung zum Vorjahr ↑ 1%

Quelle: Destatis, Oktober 2015
bit.do/impuls0134

EINKOMMEN

Armes Europa

Armutsgefährdet waren 2014 von den Menschen in ...

Rumänien	25,4 %
Spanien	22,2 %
EU	17,2 %
Deutschland	16,7 %
Tschechien	9,7 %

Quelle: Eurostat, Oktober 2015
bit.do/impuls0135